

Kreischefs machen gegen Kreditbremse mobil

Rolf Fischer (SPD) und Willi Voigt (Grüne): Das Land regiert in die Städte hinein und torpediert Planungen Kiels

Kiel. Die schwarz-gelbe Landesregierung soll aufhören, Politik gegen die Städte und insbesondere gegen Kiel zu machen. Mit massiven Vorwürfen wandten sich die Kreischefs Rolf Fischer (SPD) und Willi Voigt (Grüne) gegen die Entscheidung des Landes, den Haushalt nur zu genehmigen, wenn Kiel die Kredite von 55,8 Millionen Euro auf 30 Millionen Euro verringert. Diese Vorgabe, sind sich beide sicher, werde wichtige Projek-

te verzögern, die Handlungsmöglichkeiten in vielen Politikfeldern einschränken – bisher ohne überzeugende Begründung, warum Kiel überproportional von der Kürzung betroffen sein soll. Beide kündigten Widerstand an: „Das Land regiert damit in die Stadt hinein und torpediert damit die von uns mit einer vorausschauenden Investitionspolitik versehenen Planungen.“

Man werde, versprechen Fi-

scher und Voigt, alle Hebel in Bewegung setzen, um weiter in Bildung investieren zu können, wie zum Beispiel in den Aufbau der Regionalen Berufsschulzentren. Da die Renovierung der Kieler Bäder weitaus teurer werde als ein Neubau, sei auch die Investition für das „Hörn-Bad“ notwendig. Diese Schwerpunkte, erklärten beide, sollen sich im vom Rat beschlossenen Nachtragshaushalt wiederfinden. Was die Kreisvorsitzenden auf

die Barrikaden treibt, ist die Überzeugung, dass die jetzige Vorgabe mittlerweile Methode hat. Kiel werde seit Jahren immer wieder Opfer einer „schwer nachvollziehbaren Sparwut des Landes“: Angefangen vom Ausstieg des Landes aus dem Science Center-Projekt, wo die Stadt auf Planungskosten von mehreren Millionen Euro sitzen blieb, über die Absage, sich an der Ertüchtigung des Konzertsaals und dem Gutachten für

die Stadt Regionalbahn zu beteiligen, bis hin zur Öffnung der Holstenbrücke, wo das Land ebenfalls Mittel in Aussicht gestellt habe. Aktuell, befürchten die Politiker, droht durch die starken Kürzungen das Aus für manche Kieler Fraueneinrichtung und die Verbraucherzentrale. Auch die erhebliche Streichung bei der Städtebauförderung und der Ausstieg aus dem Programm „Soziale Stadt“ träfen Kiel besonders stark. mad